

Antrag

der Fraktion der SPD

Einsetzung einer Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur und der unterschiedlichen Entwicklungen in Ost- und Westdeutschland im Prozeß der deutschen Einheit“

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ hat in der 12. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages grundlegende Beiträge zur politischen, historischen und moralischen Bewertung der zweiten Diktatur auf deutschem Boden geleistet. Sie hat sich große Verdienste um die gesellschaftliche Aufarbeitung von vier Jahrzehnten DDR-Vergangenheit erworben und wird ein wichtiges Zeugnis dafür bleiben, wie sich der Deutsche Bundestag und die politische Öffentlichkeit in den ersten Jahren nach der Vereinigung dieser Herausforderung gestellt haben. Die Mitwirkung der Enquete-Kommission am Prozeß der inneren Einigung Deutschlands hat im In- und Ausland starke öffentliche Beachtung gefunden und ein vielfältiges Echo ausgelöst.

Als grundlegende Erkenntnisse der Enquete-Kommission sind festzuhalten:

Die Vollendung der inneren Einheit Deutschlands und die Bewältigung der materiellen und immateriellen Folgeschäden der SED-Diktatur bleiben herausragende Aufgaben der nächsten Jahre.

Der SED-Staat war eine Diktatur. Er war dies nicht durch politische Fehlentwicklung und Machtmißbrauch, der im einzelnen hinzukam, sondern von seinen historischen und ideologischen Grundlagen her. Die Verletzung individueller und politischer Menschenrechte war unvermeidlich und wurde durch individuelle Willkür nur noch verstärkt.

Die Hauptverantwortung für das Unrecht, das von diesem System begangen wurde, trägt die SED, die die „führende Rolle“ in Staat, Justiz, Wirtschaft, Gesellschaft, Bildung, Kultur und Wissenschaft beanspruchte und mit allen Mitteln durchsetzte. Das menschliche Leid, das aus Unterdrückung, Verweigerung von Menschenrechten und erzwungenem Verzicht auf persönliche Entfaltung erwuchs, ist in der Hauptsache der Führung der SED anzulasten, wobei sie von den Verantwortlichen der Blockparteien unterstützt wurde.

Die politisch-moralische Verurteilung der SED-Diktatur bedeutet keine Verurteilung der ihr unterworfenen Menschen, im Gegenteil. Die Deutschen in der DDR haben den schwereren Teil der deutschen Nachkriegsgeschichte zu tragen gehabt. Politische Überzeugung und Parteimitgliedschaft als solche dürfen im vereinten Deutschland keine Benachteiligungen zur Folge haben.

Mit dem Hinwegfegen der SED-Diktatur im Herbst 1989 haben die Ostdeutschen erheblich zur Durchsetzung eines heute in Gesamtdeutschland breit anerkannten antitotalitären Konsenses beigetragen, der zu den wichtigsten geistigen Grundlagen der Demokratie gehört. Das Credo demokratischer Politik nach 1945 „Nie wieder Krieg von deutschem Boden, nie wieder Diktatur auf deutschem Boden!“ bleibt bestehen. Dies bedeutet die Absage an jedwede Form totalitärer Ideologien, Programme, Parteien und Bewegungen.

Auf der Grundlage dieser Einsichten und Erkenntnisse ist die weitere Aufarbeitung von Geschichte, Folgen und aktuellen Nachwirkungen der SED-Diktatur von besonderer politischer Wichtigkeit. Außerdem sind im Zuge des Transformationsprozesses neue Probleme und Schäden entstanden, denen wir uns zu stellen haben. Der Deutsche Bundestag betrachtet es daher als notwendig, an die Arbeit der vorigen Enquete-Kommission anzuknüpfen und sie mit neuen Schwerpunktsetzungen fortzuführen. Die Aufarbeitung der SED-Diktatur ist ein gesamtgesellschaftlicher Prozeß. In diesem Zusammenhang setzt der Deutsche Bundestag die Enquete-Kommission („Überwindung der Folgen der SED-Diktatur und der unterschiedlichen Entwicklungen in Ost- und Westdeutschland im Prozeß der deutschen Einheit“) mit dem Auftrag ein, Parlament und Regierung politische Handlungsempfehlungen für den Umgang mit Folgen und Hinterlassenschaft dieser Geschichte zu geben.

Die Enquete-Kommission hat die folgenden Aufgaben:

1. Sie soll den gesamtgesellschaftlichen Aufarbeitungsprozeß fördern und dabei prüfen, ob dafür nicht auch zusätzliche institutionelle Mittel zu schaffen sind.
2. Sie soll zur Festigung des demokratischen Selbstbewußtseins, des freiheitlichen Rechtsempfindens beitragen und allen Tendenzen zur Verharmlosung und Rechtfertigung von Diktaturen entgegenwirken. Zu diesem Zweck soll sie die vielschichtigen Wandlungsprozesse der gesamtdeutschen politischen Kultur in den Blick nehmen. Es ist ungewiß, welche je unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Verhaltensweisen und Erfahrungen in West- und Ostdeutschland auf welche jeweils unterschiedliche Weise das Verständnis von Demokratie und die öffentlichen Erwartungen an Politik beeinflussen. Indem die Kommission sich mit diesen Wandlungsprozessen befaßt, soll sie Empfehlungen für den Umgang mit veränderten Ansprüchen an die Glaubwürdigkeit und die demokratische Legitimation von Politik

und für die Festigung des gesamtdeutschen demokratischen Konsenses erarbeiten.

3. Die Kommission soll angemessene Formen des Erinnerns an die zwei deutschen Diktaturen erörtern und vorschlagen. Die Geschichte der DDR mit all ihren Belastungen gehört in das nationale Erbe Deutschlands. Die Erinnerung an die Opfer von Unrecht und Gewalt, an Widerstand und Mut sowie den Prozeß der Ablösung der Diktatur 1989 ist für das öffentliche Bewußtsein und die nationale Kultur wachzuhalten. Dabei ist sowohl den wesentlichen Unterschieden wie den Analogien zwischen nationalsozialistischer und SED-Diktatur Rechnung zu tragen wie den in beiden deutschen Staaten unterschiedlichen Formen und Inhalten der Würdigung des Widerstands gegen den Nationalsozialismus. Eingedenk der Instrumentalisierung des Antifaschismus durch SED und Blockparteien sollte das vereinte Deutschland in der Lage sein, den gesamten Widerstand in den Blick zu nehmen statt die Ausgrenzungen, die Früchte des Kalten Krieges waren, lediglich fortzusetzen.

In diesem Zusammenhang soll die Kommission Empfehlungen dafür erarbeiten, welche Gedenkstätten im Osten Deutschlands zu schaffen bzw. zu erhalten sind und künftig auch vom Bund gefördert werden sollen.

4. Die Enquete-Kommission soll helfen, daß sich die Menschen mit ihren unterschiedlichen Biographien im Einigungsprozeß besser wiederfinden. Damit soll sie zur Versöhnung in der Gesellschaft beitragen, begründet auf dem Willen zu Offenheit, zu historischer Wahrheit und zu gegenseitigem Verständnis.

Die personelle Würde der von Unrecht und Leid Betroffenen muß wiederhergestellt werden. Dazu gehört sowohl die öffentliche Würdigung der Opfer wie die Notwendigkeit, ihnen nachträglich Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Die dabei vorhandenen Defizite sind Gegenstand der Enquete-Kommission. Sie begleitet insofern die weitere gesetzgeberische Tätigkeit des Parlaments.

Ferner ist zu prüfen, ob und inwiefern es heute noch einen politischen Handlungsbedarf in der Frage gibt, wie mit den Verantwortlichen des Systems und ihren Helfern umgegangen werden soll, insoweit wird sich die Kommission auch den Problemen der justiziellen Aufarbeitung der SED-Diktatur zuwenden.

Insgesamt soll die Kommission also Handlungsempfehlungen geben für die Überwindung von alten und neuen Spaltungen in Deutschland, für die Festigung der Demokratie in gesamtdeutscher Sicht und für die Stärkung der Legitimation politischer Entscheidungen; für die Entwicklung gesamtdeutscher Formen der Erinnerung an die beiden deutschen Diktaturen und ihrer Opfer sowie für die Verbesserung der Stellung der Opfer beider Diktaturen im vereinten Deutschland.

5. Die Enquete-Kommission soll exemplarisch darüber Auskunft geben, was die Menschen unter den und trotz der repressiven Bedingungen in der DDR geleistet haben, wie mit diesen Leistungen im Transformationsprozeß umgegangen worden ist und wie heute solche Leistungen wieder aufgenommen und für das gesellschaftliche Zusammenleben im vereinten Deutschland nutzbar gemacht werden können.

Die Beschreibung ideologischer, machtpolitischer und organisatorischer Beeinflussung, Lenkung und Unterdrückung in allen Lebensbereichen der DDR durch SED und Blockparteien ist für die Enquete-Kommission von Interesse, soweit sie der Feststellung aktuellen und zukünftigen politischen oder gesellschaftlichen Handlungsbedarfs im Umgang mit den Folgen der SED-Diktatur, der Teilung und des Transformationsprozesses dienen kann. Es geht in der Konsequenz um die Frage nach heute erforderlichen Nachteils- und Lastenausgleich und der Herstellung gesellschaftlicher Chancengleichheit im vereinten Deutschland.

In diesem Zusammenhang soll die Kommission sich insbesondere drei Themenkomplexen widmen:

- dem Bereich Bildung, Freizeit, Kultur und
- einer Wirtschafts- und Sozialpolitischen Bilanz,
- dem geteilten Deutschland im geteilten Europa.

A. Bildung – Wissenschaft – Freizeit – Kultur

- Welches waren die Ziele und Methoden des ideologischen Einflusses der SED in diesen Lebensbereichen?
- Wie haben sich die Menschen diese Lebensräume in und trotz dieser Beeinflussung gestaltet?
- Welche Leistungen wurden im Erziehungswesen, in der Jugendpolitik, in der Wissenschaft und in Kunst und Kultur in der DDR erbracht, und welche erscheinen durch den SED-Einfluß tatsächlich entwertet?
- Welche Leistungen, Einrichtungen und Erfahrungen sind heute erhalten geblieben oder durch neue Einrichtungen und Möglichkeiten ersetzt, und welches sind diese neuen Einrichtungen und Möglichkeiten?
- Welche Herausforderungen ergeben sich aus dieser Bilanz für die heutige Politik in diesen Bereichen?

B. Wirtschafts- und Sozialpolitische Bilanz

- Wie war die ökonomische Lage in der DDR Ende der 80er Jahre tatsächlich einzuschätzen?

-
- Wie hat sich die Transformation in eine marktwirtschaftliche Ordnung ausgewirkt hinsichtlich der Verteilung von Kapital-, Immobilien- und Geldvermögen zwischen Ost und West, zwischen öffentlicher Hand und einzelnen Bürgern?
 - Welche Rolle spielen bei diesem Transformationsprozeß die sogenannten Altschulden der verschiedenen privaten Betriebe, Genossenschaften und kommunalen Einrichtungen in Ostdeutschland?
 - Welche wirtschafts-, sozial- und vermögenspolitischen Maßnahmen erscheinen zur Herstellung von Lastenausgleich und Verteilungsgerechtigkeit erforderlich?

C. Das geteilte Deutschland im geteilten Europa

- Die Einbindung der beiden deutschen Staaten in die beiden Blöcke und die Frage nach der Möglichkeit selbständiger politischer Entscheidungen in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland,
- Dokumentation über Verfolgung von Demokraten und politisch Andersdenkenden in der SBZ und DDR,
- die Westarbeit der SED,
- die Ostpolitiken der Bundesregierungen,
- Auswirkungen von Diktatur und Widerstandserfahrungen in der DDR auf das Demokratieverständnis,
- die Bedeutung der Menschenrechte für die internationale Politik,
- die Bedeutung der innerdeutschen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen.

Zur Arbeitsweise der Kommission

Wegen der großen Breite der Fragestellungen wird die Kommission darauf angewiesen sein, weitgehend in kleineren Berichterstattergruppen zu arbeiten. Dabei bedient sie sich des gleichen Instrumentariums wie die letzte Enquete-Kommission (Expertisen, Vorträge, Anhörungen).

Der Deutsche Bundestag erwartet, daß die Bundesregierung, vertreten durch die betroffenen Fachministerien sowie insbesondere das Bundesministerium des Innern, die Arbeit der Enquete-Kommission begleitet.

Die Kommission wird ihren Bericht rechtzeitig vor Ablauf der Wahlperiode vorlegen und dafür Sorge tragen, daß geeignete Teile des Berichtes oder entsprechende Zwischenberichte in der Arbeit der Fachausschüsse berücksichtigt werden können.

Der Deutsche Bundestag wird dafür Sorge tragen, daß die Materialien der Kommission (Bericht, Expertisen, Anhörungsprotokolle) vor Ablauf der Wahlperiode in angemessener Form einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Bonn, den 31. Mai 1995

Rudolf Scharping und Fraktion